



Wien, 8. Oktober 2018

Ministerialentwurf betreffend Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten (Bundesämtergesetz) geändert wird

Stellungnahme | BMNT-LE.4.3.1/0010-RD 2/2018

Die SPÖ-Bauern sprechen sich gegen die Eingliederung der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft aus. Es ist nicht nachvollziehbar, warum es in Österreich mit seinen vielen Bergregionen keine eigenständige Einrichtung geben sollte. Die Bundesanstalt für Bergbauernfragen gehört nicht eingegliedert, sondern budgetär und personell weiter ausgebaut. Ihre Expertise ist für die Bergbäuerinnen und Bergbauern unverzichtbar.

Die SPÖ-Bauern befürchten durch den Verlust der Eigenständigkeit auch das Ende der kritischen Forschungsaktivitäten. Als das „Bergbauerninstitut“ im Jahr 1979 mit tatkräftiger Unterstützung der Regierung Kreisky initiiert wurde, stand gerade diese kritische Auseinandersetzung im Vordergrund. Damit konnte man sich innerhalb kurzer Zeit national wie international einen hervorragenden Ruf erarbeiten. Die Wichtigkeit dieser Institution lässt sich anschaulich belegen: So hat das Berggebiet einen Anteil von rund 70 Prozent an der österreichischen Landesfläche. Den Bergbäuerinnen und Bergbauern kommt bei der Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft, bei der Sicherung des Ökosystems und beim Schutz vor Naturgefahren eine zentrale Rolle zu. Darüber hinaus kann die regionale und wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft in Berggebieten nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Seit geraumer Zeit ist die Bundesanstalt für Bergbauernfragen verschiedenen Versuchen ausgesetzt, sie einzuschränken oder auszulagern. Die jetzigen Eingliederungspläne sind ein schwerer Rückschlag für die positive Entwicklung des ländlichen Raumes in Österreich.

Mit freundlichen Grüßen

ÖkR Josef Etzenberger e. h.
Bundenvorsitzender
SPÖ Bauern